

1 Reputation als Motor fachlicher Differenzierung an Universitäten

Christine Hartig

1.1 Einleitung

Ende des 19. Jahrhunderts schien die Zukunft der Pharmazeuten weit gefächert zu sein. Der außerordentliche Professor für Chemie in Wien, Erwin Freiherr v. Sommaruga (1844-1897), prognostizierte: „der Pharmazeut der Zukunft werde hauptsächlich als analytischer Chemiker tätig sein: galenische Präparate, z. B. Tinkturen und Extrakte, seien in ihrem Gehalt zu bestimmen und zu standardisieren, Trinkwasser zu analysieren und Fette und Öle auf ihre Identität und Reinheit zu untersuchen. Analytische Chemie, Nahrungsmittelchemie, mikroskopische Drogenuntersuchungen und Bakteriologie seien daher unentbehrliche Bestandteile der pharmazeutischen Ausbildung, welche zunächst in einem viersemestrigen Studium, später in einem sechssemestrigen vermittelt würden.“²⁴ Der Hallenser Privatdozent Ernst Albert Schmidt (1845-1921) setzte sich 1884 dafür ein, die Ausbildung der Pharmazeuten über das Berufsbild des Apothekers hinaus zu erweitern. Die Ausbildung sollte „eine dreifache sein: einmal, die allgemeinchemische Ausbildung des Apothekers durch Experimentalvorlesungen über Chemie, mit besonderer Berücksichtigung der Pharmacie, zu bewirken, dann ihn auf Grundlage analytischer Kenntnisse mit den forensisch-chemischen Arbeiten vertraut zu machen, und endlich, ihn zu unterweisen in den Untersuchungsmethoden der Nahrungs- und Genussmittel, sowie der Gesundheitspflege, sowie letztere mit der Chemie in directem Connex steht.“²⁵ Rund 100 Jahre später ist

24 Vgl. Gegenwart und Zukunft der Pharmacie, Auszug aus der Österreichischen Zeitschrift für Pharmazie, in: Pharmazeutische Zeitung (im Folgenden PZ), 21 (1882), S. 66, nach: Gunnar-Werner Schwarz: Zur Entwicklung des Apothekerberufs und der Ausbildung des Apothekers vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Eine Studie zur Geschichte des Apothekerberufs von den Anfängen im Islam bis zur allgemeinen Verbreitung in Europa im 15. Jahrhundert und zur fachlichen Ausbildung des europäischen Apothekers unter besonderer Berücksichtigung des deutschsprachigen Raums. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Naturwissenschaften, vorgelegt beim Fachbereich Physik der Johann Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt a. M. 1976, S. 432f.

25 Zitiert nach: Brita Gahl: Die Entwicklung der Pharmazie an der Universität Halle zwischen 1838 und 1938. Ein Beitrag zu ihrer Institutionalisierung als pharmazeutisches Hochschulfach, Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doctor rerum naturalium (Dr. rer. nat.) der Fakultät für Naturwissenschaften des Wissenschaftlichen Rates der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 1991 (masch.), S. 123.

genau das Gegenteil der Fall. Das Studium der Pharmazie wird hauptsächlich von zukünftigen Apothekern gewählt, die hoch angesehene und breit geförderte pharmazeutische Forschung ist hingegen interdisziplinär zwischen der Biochemie, Medizin und Chemie angesiedelt. Wie lässt sich diese Entwicklung verstehen?²⁶

Insgesamt existieren nur wenige hochschulvergleichende Studien zur Pharmaziegeschichte.²⁷ Die Forschung, überwiegend von Pharmaziehistorikern geleistet, konzentrierte sich auf hochschulspezifische Darstellungen²⁸ oder die „Glanzzeit“²⁹ der Pharmazie um 1800. Für den hier untersuchten Zeitraum, der mit der staatlichen Regulierung des Hochschulstudiums im 19. Jahrhundert einsetzt und die Entwicklung bis in die 1980er Jahre verfolgt, wird der Erfolg der Institutionalisierung recht unterschiedlich beurteilt. Auf der einen Seite wird ein zwar schwieriger und mühsamer Weg konstatiert, der aber dennoch zum Erfolg geführt habe³⁰, auf der anderen Seite sind die Einschätzungen deutlich skeptischer hinsichtlich einer gelungenen Etablierung des Faches.³¹ Vielfach liegt den Darstellungen ein Phasenmodell nach Guntau und Laitko zugrunde, die für die Gesamtzeitdauer der Disziplinengese 25 bis 30 Jahre und damit ungefähr eine Generation von Wissenschaftlern ansetzen.³² Innerhalb der pharmazeutischen

26 Siehe zum folgenden auch: Christine Hartig: Institutionalisierung ohne Reputationsgewinn - Die unvollständige Etablierung der Pharmazie an den Hochschulen des Deutschen Reiches und in der Bundesrepublik bis in die 1970er Jahre, in: *Medizinhistorisches Journal* 46 (2011), S. 238-282.

27 Vgl. beispielsweise: Berthold Beyerlein: Pharmazie als Hochschuldisziplin. Die Entwicklung der Pharmazie zur Hochschuldisziplin. Ein Beitrag zur Universitäts- und Sozialgeschichte, Stuttgart 1991; Christoph Friedrich: Die Hochschulpharmazie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert – Strukturwandel in der pharmazeutischen Wissenschaft. In: *Archiv der Pharmazie* 324,12 (1991), S. 1013–1038; Annette Nahnauer, Beiträge zur Entwicklung der Pharmakognosie bzw. Pharmazeutischen Biologie als Hochschulfach an den Universitäten Berlin, Halle-Wittenberg und Greifswald, Bd. 1. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades doctor rerum naturalium (Dr. rer. nat.). Vorgelegt der Mathematisch Naturwissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin 1986 (Masch.); Rudolf Schmitz: Die Deutschen Pharmazeutisch-Chemischen Hochschulinstitute. Ihre Entstehung und Entwicklung in Vergangenheit und Gegenwart, Ingelheim am Rhein 1969; Alfred Adlung / Georg Urdang: Grundriß der Geschichte der deutschen Pharmazie, Berlin 1935.

28 Vgl. beispielhaft: Christine Billig: Pharmazie und Pharmaziestudium an der Universität Gießen, Stuttgart 1994; Christoph Friedrich, Zur Entwicklung der Pharmazeutischen Wissenschaft an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald von 1903-1968 (Modellstudie), Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktor eines Wissenschaftszeuges (Dr. rer. nat.) des Wissenschaftlichen Rates der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Greifswald 1982 (masch.); Karl-Heinz Frömming, 100 Jahre Pharmazeutisches Institut in Berlin-Dahlem 1902-2002, Berlin 2000; Gahl: Entwicklung.

29 Vgl. Erika Hickel: Der Apothekerberuf als Keimzelle naturwissenschaftlicher Berufe in Deutschland, in: *Medizinhistorisches Journal* 13 (1978), S. 259-276.

30 Vgl. Rudolf Schmitz: Geschichte der Pharmazie. Bd. 2: Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, von Christoph Friedrich und Wolf-Dieter Müller-Jahncke, Eschborn 2005, S. 624.

31 Vgl. Billig: Pharmazie, S. 332.

32 Vgl. Martin Guntau / Hubert Laitko: Der Ursprung der modernen Wissenschaften, Berlin 1987, S. 43.

Fächer dauerte dieser Prozess jedoch deutlich länger. Die Ursachen lassen sich erkennen, wenn nicht lediglich die verschiedenen Phasen der Institutionalisierung, wie Etablierung des Lehrfaches, Einrichtungen von Professuren oder Instituten untersucht werden, sondern auch nach dem mit diesen Schritten verbundenen Reputationserwerb gefragt wird.

Nach Bourdieu kennzeichnet das wissenschaftliche Feld „a competitive struggle, in which the *specific* issue at stake is the monopoly of *scientific authority*.“³³ Im Folgenden werden die an dem Institutionalisierungsprozess beteiligten Akteure an den Hochschulen des Deutschen Reiches und in der Bundesrepublik fokussiert.³⁴ Eine erfolgreiche Professionalisierung orientiert sich nicht allein an der Festlegung von spezifischen Wissens- und Arbeitszielen und deren Kontrolle und Zertifizierung, sondern auch an der damit verbundenen Reputation.³⁵ Aus diesem Grund lassen sich die entsprechenden Prozesse nicht auf das strategische Handeln im Rahmen „soziale[r] Machtkämpfe“³⁶ reduzieren. Latour und Woolgar konzentrieren sich daher auf die „Währung“³⁷ im Wissenschaftsmarkt, die Glaubwürdigkeit der Wissenschaftler. Glaubwürdigkeit, so die Autoren, „can thus apply both to the very substance of scientific production (facts) and to the influence of external factors, such as money and institutions.“³⁸ Erst durch diese zyklisch verlaufende inner- und außerdisziplinäre Anerkennung erhalten Forschungsergebnisse ihren Wert. Über diese, bisher häufig vernachlässigten und keineswegs eindeutigen Beziehungen zwischen Institutionalisierung, Zertifizierung und Reputation, geben vor allem zeitgenössische Dokumente über die Einrichtung von Lehrstühlen und Instituten und über Berufungsverfahren Auskunft. Auf deren Grundlage können die ‚feinen Unterschiede‘ innerhalb der universitären Differenzierungen und Hierarchisierungen herausgearbeitet werden.

33 Vgl. Pierre Bourdieu: The Specificity of the Scientific Field and the Social Conditions of the Progress of Reason, in: Social Science Information 14 (1975), S. 19-47, S. 19. Hervorhebungen im Original.

34 Eine Berücksichtigung der Entwicklung in der DDR wäre insbesondere zur Abwägung staatlicher Einflussnahme wünschenswert gewesen, ist aber im Rahmen dieser Untersuchung nicht zu leisten. Siehe zu diesem Aspekt jedoch: Andreas Malycha: Biowissenschaften im Zeichen von Forschungsplanung und Fortschrittsdenken in Ost und West in den 1960er-Jahren, in: Deutschland Archiv 6 (2009), S. 1024-1033. Zur Pharmazie in der DDR: Christoph Friedrich: Zur Entwicklung der Hochschulpharmazie in der DDR, in: ders. / Wolf-Dieter Müller (Hgg.): Apotheker und Universität. Die Vorträge der Pharmaziehistorischen Biennale in Leipzig vom 12. bis 14. Mai 2000 und der Gedenkveranstaltung 'Wiegleb 2000' zum 200. Todestag von Johann Christian Wiegleb (1732-1800) am 15. und 16. März 2000 in Langensalza, Stuttgart 2002, S. 67-113.

35 Vgl. Peter Weingart: Wissenschaftssoziologie, Bielefeld 2003, S. 51.

36 Vgl. Weingart: Wissenschaftssoziologie, S. 49; Pierre Bourdieu: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes, Konstanz 1998, S. 17 und S. 26.

37 Vgl. Bruno Latour / Steven Woolgar: Laboratory Life. The Social Construction of Scientific Facts, Beverly Hills 1979. S. 192.

38 Vgl. Latour / Woolgar: Life, S. 198.

Ein solcher von Latour und Woolgar entwickelter Glaubwürdigkeitszyklus, so die These dieses Beitrags, konnte für die Pharmazie nicht vollständig etabliert werden. Materielles Kapital wie Lehrstühle konnte zwar in symbolisches Kapital übertragen werden, dieses wurde aber in Kommunikationsnetzwerken mit anderen Wissenschaftlern und der Industrie nicht als spezifisches pharmazeutisches Wissen anerkannt und entsprechend wenig neues materielles Kapital konnte akkumuliert werden. Die letztendlich erfolgreiche institutionelle Etablierung des Faches wurde nicht als eigenständiges ‚wissenschaftliches Feld‘ (Bourdieu) akzeptiert, sondern das symbolische Kapital wie wissenschaftliche Reputation, Publikationen etc. weiterhin der Chemie, Biologie oder Medizin zugewiesen. Im Unterschied zu Arbeiten, die die Präsenz von ausgebildeten Apothekern an den Universitäten vor allem im 19. Jahrhundert dokumentieren³⁹, lenkt dieser Beitrag den Blick auf die tatsächliche Anerkennung und Zuweisung von Reputation. Erkenntnisse zu einzelnen Hochschulen lassen sich auf Grundlage dieses Ansatzes in eine Gesamtperspektive einordnen. Auf einer breiten Materialgrundlage soll daher mit der doppelten Aufmerksamkeit auf Institutionalisierung und Reputationserwerb auch ein verallgemeinerbares Erklärungsmodell für die verzögerte Entwicklung der Pharmazie und Prozesse fachlicher Differenzierung vorgestellt werden.

Das Verhältnis zwischen Hochschulen und dem Staat ist durch vielfältige Beziehungen geprägt. Für die Untersuchung von Handlungsräumen der universitären Akteure auf Prozesse der Fachdifferenzierung sind zunächst die staatlichen Einflussnahmen auf das Prüfungsreglement, auf die Lehr- und Prüfungsfächer und die Einrichtung von Lehrstühlen von Interesse. Da die Approbation ein staatlicher Abschluss ist, erscheint es naheliegend, ein besonderes staatliches Engagement in diesen Bereichen zu erwarten. Aus diesem Grund werden zunächst kurz die Möglichkeiten staatlicher Einflussnahme, aber auch dessen tatsächliches Engagement vorgestellt. Trieb der Staat die Institutionalisierung voran und initiierte dabei Differenzierungsprozesse oder sind trotz der vergleichsweise starken staatlichen Regulierung die unterschiedlichen universitären Akteure als die treibenden Kräfte von Prozessen der Fachdifferenzierung zu betrachten. Diese Frage wird in den folgenden Abschnitten aufgenommen und dazu im Hauptteil die unterschiedlichen Interessen der universitären Akteure am Beispiel der Prüfungskommissionen, der Definierung von fachspezifischen Lehrgebieten und der Einrichtung von Lehrstühlen für die Kernfächer der pharmazeutischen Chemie, der Pharmakognosie und der Galenik analysiert. Dabei werden einzelne Stationen der Institutionalisierung systematisch auf die damit verbundenen Möglichkeiten des Reputationserwerbs befragt.

39 Vgl. beispielhaft: Christoph Friedrich: Der Einfluß von Apothekern auf die Disziplingenese von Pharmazie und Chemie, in: Die Pharmazie 47 (1992), S. 541-546; Hickel: Apothekerberuf.

1.2 Staatliche Einflüsse auf Prüfungsordnungen, Lehrgebiete und die Einrichtung von Lehrstühlen

Im Vergleich zu den ‚klassischen‘ akademischen Karrieren wie der evangelischen Theologie, Jura und der Medizin⁴⁰ spielen bei der Regulierung der Apothekerausbildung die Hochschulen in den meisten deutschen Staaten erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Rolle. Das Abitur wurde für die Pharmazie erst 1920 zur Voraussetzung für die Aufnahme eines ordentlichen Studiums. Während der Staat bei den anderen Karrieren weit eher eine Kontrollfunktion hinsichtlich der politischen Loyalität und der wissenschaftlichen Leistung der zukünftigen Staatsdiener vornahm, war die Ausbildung der Apotheker auch in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Ihnen stand trotz des staatlichen Abschlusses durch die Approbation zunächst keine Beschäftigung im Staatsdienst offen.

Staatliche Prüfungsvorschriften weisen aber nicht allein institutionelle Aufgaben zu, sondern sind in vielen Fällen grundlegend für die Herausbildung eines professionellen ‚Fachtypus‘ und damit für Differenzierungsprozesse. Oftmals setzen sich Prüfungsregularien von oben nach unten durch: von zunächst ad-hoc zusammentretenden Prüfungskommissionen über die Normierung auch der vorangegangenen Prüfungen bis zum Abitur.⁴¹ Durch diese Verknüpfungen können sich „Bildungslaufbahnen“ und „Karrieremuster“⁴² herausbilden. Die Analyse der entsprechenden Prozesse für die pharmazeutischen Fächer zeigt aber, dass ein solcher Prozess staatlicher Eingriffe nicht nur innerhalb der verschiedenen wissenschaftlichen Karrieren differierte, sondern die staatliche Regulierung der Studienmöglichkeiten und Zertifizierung von Prüfungsleistungen, von Prüfungs- und Lehrgebieten und der Qualifikation der Lehrenden auch, wie in den folgenden Abschnitten deutlich wird, innerhalb einzelner Fächer unterschiedlich intensiv verfolgt worden ist. Darüber hinaus ist die Entwicklung eines einheitlichen Fachtypus nicht allein mit staatlicher Normierung verbunden.

Die pharmazeutischen Prüfungskommissionen, die die pharmazeutischen Staatsprüfungen abnehmen, waren und sind keine universitären Einrichtungen, sondern staatliche, an die jeweiligen Universitäten angegliederten Organe. Mit der Einrichtung von Prüfungskommissionen erhöhte der Staat die Attraktivität der Standorte. Die Universitäten besaßen ein Vorschlagsrecht hinsichtlich der Besetzung. Die endgültige Entscheidung lag hingegen ebenso wie die Anord-

40 Siehe zu den staatlichen Prüfungen dieser Karrieren: Volker Müller-Benedict: Die akademischen Prüfungen, in: Ders. unter Mitarbeit von Jörg Janßen und Tobias Sander, Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. VI: Akademische Karrieren in Preußen und Deutschland 1850-1940, Göttingen 2008, S. 31-42.

41 Vgl. Hartmut Titze / Wolfgang Lührs / Volker Müller-Benedict / Axel Nath: Prüfungsauslese und Berufszugang der Akademiker. 1860-1945, in: Peter Lösche (Hg.): Göttinger Sozialwissenschaften heute. Fragestellungen, Methoden, Inhalte, Göttingen 1990, S. 181-251.

42 Titze / Lührs / Müller-Benedict / Nath: Prüfungsauslese, S. 205.

nung der strukturellen Zusammensetzung beim zuständigen Ministerium, das in Zweifelsfällen zur Entscheidung angerufen wurde.

Die staatlichen Approbationsordnungen regelten zunächst lediglich die Studienvoraussetzung, die Studiendauer und die Prüfungsfächer. Nach der reichsweiten Vereinheitlichung der Apothekerausbildung war durch die Approbationsordnung von 1875 der Besuch der Obersekunda ausreichend, seit 1904 wurde die Primarreife gefordert und seit 1921 das Abitur.⁴³ Die Studiendauer lag anfangs bei drei, seit 1904 bei vier Semestern und stieg 1971 auf sieben und schließlich seit 1989 auf acht Semester.⁴⁴ Eine Angleichung an andere akademische Karrieren erfolgte also erst schrittweise. Die Prüfungsgegenstände waren von Beginn an in den Prüfungs- und Approbationsordnungen festgelegt, während die Lehrgegenstände erst seit 1904 mit zunehmender Genauigkeit definiert sind. Am wenigsten Einfluss nahm der Staat auf die Qualifikationen der Lehrstuhlinhaber. In diesem Bereich konnten die Universitäten den stärksten Einfluss auf die fachliche Differenzierung ausüben. Die Zuweisung und Verweigerung von Reputation spielten hier die größte Rolle.

Die Approbationsordnung von 1875 hatte auch die Einrichtung von staatlichen Prüfungskommissionen an den Hochschulen vereinheitlicht. An den meisten Standorten des Deutschen Reiches war nun der Abschluss eines pharmazeutischen Studiums möglich.⁴⁵ Prüfungskommissionen existierten allerdings vielerorts schon zuvor aufgrund von Landesvorschriften⁴⁶ und nur an wenigen Standorten, wie beispielsweise in Freiburg⁴⁷, ging die Einrichtung auf die Approbationsordnung von 1875 zurück. In der Regel wurde, wie in Halle, die Einrichtung der Prüfungskommissionen von den Universitäten begrüßt, da sie sich von ihnen zu Recht eine Zunahme der Studierendenfrequenz versprachen.⁴⁸ Neue institutionelle Anforderungen waren mit der Einrichtung der Prüfungskommissionen zunächst nicht verbunden, da sie anfänglich aus je einem Lehrer der Chemie, Physik und Biologie sowie zwei Apothekern, von denen der eine von einem Lehrer

43 Vgl. Heinz Rankenburg: Die Apothekerausbildung im Spiegel der deutschen Prüfungs- und Approbationsordnungen von 1875 bis 1989, Frankfurt a. M. 1996, S. 193.

44 Vgl. Rankenburg: Apothekerausbildung, S. 193.

45 Hierzu gehörten die Universitäten Bonn, Breslau, Erlangen, Gießen, Greifswald, Göttingen, Halle, Heidelberg, Marburg, Münster, Tübingen sowie das Collegium Carolinum in Braunschweig und die Polytechnischen Schulen in Stuttgart und Karlsruhe.

46 Darunter fielen: Berlin, Bonn, Braunschweig, Erlangen, Greifswald, Göttingen, Halle, Heidelberg, Marburg, Tübingen.

47 Vgl. Willi Wolz: Pharmazeutische Ausbildung an der Universität Freiburg im Breisgau und im Oberrheingebiet. Ein geschichtswissenschaftlicher Überblick von den Anfängen bis zur Gegenwart, Freiburg i. Br. 1969, S. 48. Auch Münster und die neugegründete Technische Hochschule Darmstadt kamen erst in den 1880er Jahren hinzu.

48 Vgl. Universitätsarchiv Halle: Rep 4, Nr. 819: Das Studium der Pharmazie und die delegierte pharmazeutische Examinations-Commission 1864 (An den Rektor der Universität, Halle, 10.2.1865).

der Pharmazie ersetzt werden konnte, bestanden.⁴⁹ Auch vor der Vereinheitlichung der Prüfungsangelegenheiten hatten die Lehrer der Pharmazie oftmals keinen Sitz in der Prüfungskommission inne gehabt.⁵⁰ Innerhalb der Prüfungskommissionen wurde den Pharmazeuten die Fachaufsicht erst schrittweise zuerkannt, zunächst durch die Prüfungsordnung von 1904, infolge der ein Vertreter der Pharmazie Mitglied der Prüfungskommission sein musste (und dort auch den Vertreter der Chemie ersetzen konnte).⁵¹ Erst jetzt kam es an solchen Hochschulen, wie im folgenden Abschnitt gezeigt werden wird, zu Konflikten, an denen bisher kein Lehrauftrag für pharmazeutische Fächer existierte.

Mit der Prüfungsordnung von 1935 wurde der Vertreter der pharmazeutischen Chemie zum Vorsitzenden der Prüfungskommission bestimmt.⁵² Erst 1971 wurde die Approbationsordnung erneut geändert. Nun bestanden die Prüfungskommissionen aus dem Vorsitzenden und weiteren zwei bis höchsten vier Mitgliedern, ohne dass ihre Fachzugehörigkeit explizit festgelegt wurde. Erneut war das Hinzuziehen eines Apothekers, wenngleich als externes Mitglied, möglich. Auch weitere externe Mitglieder konnten ernannt werden. Dies galt beispielsweise für Juristen, die für die entsprechenden Prüfungsabschnitte herangezogen wurden. Weiterhin war dem Landesprüfungsamt und den Apothekerkammern gestattet, Beobachter zu entsenden. Die Prüfungsordnung von 1989 präzierte diese Angaben erneut. Sie hält fest, dass „die Prüfung in den einzelnen Fächern durch das für das betreffende Fach bestellte Mitglied“⁵³ erfolgen soll, was de facto auch 1971 der Fall gewesen sein dürfte. Eine besondere Gewichtung zwischen den beteiligten Fächern wurde demnach in der Bundesrepublik im Unterschied zu früheren Approbationsordnungen nicht mehr vorgenommen. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass inzwischen die Kernfächer des Studiums spezifisch pharmazeutischer Natur waren. Vor allem im 19. und an einigen Standorten auch noch im frühen 20. Jahrhundert war die Einrichtung und Besetzung der Prüfungskommission entscheidend für die Institutionalisierung der Pharmazie gewesen. Als diese zumindest formal erfolgt war, schien aus Sicht der Bundesrepublik eine weitere Einflussnahme nicht mehr für notwendig erachtet worden zu sein.

⁴⁹ Vgl. Bekanntmachung, betreffend die Prüfung der Apotheker vom 5. März 1875, §3. Diese und die weiteren Approbationsordnungen sind abgedruckt in: Rankenburg: Apothekerausbildung, S. 215-292.

⁵⁰ Für Leipzig: Erika Mayr: Die Entwicklung der Chemie und der pharmazeutischen Chemie an der Universität Leipzig - Von der Errichtung der außerordentlichen Professur für Chemie im Jahre 1668 bis zur Gründung eines pharmazeutischen Institutes 1938 - im Hinblick auf die Bedeutung der Universität Leipzig für die Ausbildung der Apotheker, Inauguraldissertation, Leipzig 1965 (masch), S. 65.

⁵¹ Vgl. Bekanntmachung, betreffend die Prüfungsordnung für Apotheker vom 18. Mai 1904, § 16.

⁵² Vgl. Prüfungsordnung für Apotheker vom 8. Dezember 1934, § 15.

⁵³ Vgl. Approbationsordnung für Apotheker vom 19. Juli 1989, § 11(2).

Diese Beobachtung, dass der Staat dem pharmazeutischen Studium, solange die Ausbildung der Apotheker gesichert war, keine weitere Bedeutung zumaß, bestätigt sich auch durch die Analyse der Prüfungs- und Lehrfächer. Förderung oder Reglementierung der Pharmazie resultierten in der Regel aus allgemeineren staatlichen Zielsetzungen: Hierzu gehörte vor allem die Gewichtung nationaler Forschungsförderung und Fragen der Gesundheitsfürsorge. Neben dem staatlichen Einfluss auf die Institutionalisierung soll in den folgenden Abschnitten aber auch der mögliche Beitrag der staatlichen Maßnahmen auf Reputationszuweisungen untersucht werden.

Jörg Janßen zeigt in diesem Band, dass die verschiedenen Konjunkturen staatlicher Forschungsförderung der Pharmazie nur selten und höchstens indirekt zugute kamen. Aus diesem Grund ist an dieser Stelle die allgemeine Entwicklung nur schlaglichtartig beleuchtet. Ein frühes Beispiel für die Förderung der Pharmazie im Rahmen größerer staatlicher Ziele war der Ausbau des Gesundheitswesens im 1806 neugegründeten Königreich Bayern. Aus diesem Grund wurde das Studium der Pharmazie bereits 1818 obligatorisch und eine entsprechende Professur an der Universität Landshut eingerichtet.⁵⁴ Um den staatlichen Spielraum zu erhöhen, wurden weiterhin an den Universitäten Landshut und Würzburg die korporativen Selbstverwaltungsrechte eingeschränkt.⁵⁵ Die institutionellen Voraussetzungen der Pharmazie waren demnach an den bayerischen Universitäten außerordentlich günstig. Dennoch war Johann Andreas Buchner (1783-1852), der 1818 als Lehrer unter anderem für Pharmazeutik nach Landshut berufen worden war, mit der fehlenden Anerkennung seitens der akademischen Selbstverwaltung konfrontiert. Seit 1819 gab es Überlegungen, Buchner zum ordentlichen Professor zu ernennen, was ihn zugleich zum vollwertigen Mitglied des Senats erhoben hätte. Dagegen erhob die medizinische Fakultät Einspruch, da Buchner nicht promoviert war und die Pharmazie als untergeordnetes Lehrfach betrachtet wurde.⁵⁶ Erst die Intervention des bayerischen Königs ermöglichte die Ernennung Buchners zum ordentlichen Professor und dessen Aufnahme in den Senat. Wenngleich Buchner schließlich die volle Anerkennung der Professorenschaft erhielt, wie sie in seiner mehrmaligen Ernennung zum Dekan nach der

54 Vgl. Schmitz: *Geschichte*, S. 616f. Wankmüller hebt hervor, dass damit nicht bereits ein Universitätsstudium gemeint war, sondern noch zu errichtende inner- und außeruniversitären Einrichtungen. De facto absolvierten jedoch die meisten die Studienzeit an einer Hochschule, auch wenn die genannten Bestimmungen nicht sofort umgesetzt wurden. Armin Hermann / Armin Wankmüller: *Physik, Physiologische Chemie und Pharmazie an der Universität Tübingen*, Tübingen 1980, S. 1019.

55 Vgl. Marita Baumgarten: *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler*, Göttingen 1997, S. 13-14 und S. 24.

56 Vgl. Universitätsarchiv München: E-II-427: Personalakte Andreas Buchner senior (Med.) (Schreiben von Andreas Buchner vom 30.7.1818). Siehe zu einer ausführlichen Darstellung des Konfliktes: Margarete Springer: *Johan Andreas Buchner. Sein Leben und Werk. Ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Hochschulpharmazie im 19. Jahrhundert*. Diss. rer. nat. Marburg 1978 (masch.).

Verlegung der Landshuter Universität nach München dokumentiert ist⁵⁷, so war anfänglich mit dem Beharren auf eigenständige Forschungsleistung in Form einer Dissertation eine der Kernkategorien des Humboldtschen Wissenschaftsbegriffs seitens der medizinischen Fakultät in Anschlag gebracht worden.⁵⁸

In Preußen erfuhren verschiedene Universitäten und Fachgebiete auch in der Zeit des preußischen Ministerialdirektors Friedrich Althoffs (1837-1908) eine oft herausgestellte staatlicher Förderung. An der Göttinger Universität hatte der Mathematiker Felix Klein (1849-1925) seit den 1890er Jahren neben der Unterstützung durch die Industrie auch das Interesse Althoffs gefunden.⁵⁹ Für letzteren standen erneut nationale Überlegungen im Vordergrund. Er wollte die wirtschaftliche und politische Rolle des Deutschen Reiches stärken.⁶⁰ Göttingen hatte schon im ausgehenden 19. Jahrhundert ein breites naturwissenschaftliches Fächerangebot besessen. Die Einrichtung eines Extraordinariats für pharmazeutische Chemie 1883 fiel noch in diese Zeit. Eine weitere Förderung der Pharmazie in Preußen erfolgte auch unter Althoff in den folgenden Jahren nicht. Auch in Berlin wurde dem renommierten außerordentlichen Professor für pharmazeutische Chemie, Hermann Thoms (1859-1931), zwar 1920 ein persönliches Ordinariat übertragen, doch berührte dies seine universitäre Stellung nicht.⁶¹ Andere angewandte Fächer wurden hingegen durchaus von Althoff gefördert. So unterstützte er die technische Chemie, die ebenfalls als ‚praktische Ausbildung‘ kritisiert wurde.⁶² Insgesamt stieg seit den 1870er Jahren die materielle Ausstattung der Universitäten.⁶³ Nicht nur in Preußen, auch in anderen deutschen Staaten entstanden in jener Zeit wichtige Forschungszentren, die gleichfalls pharmazeutische Forschung kaum berücksichtigen, obgleich es wie in Leipzig Anknüpfungspunkte gegeben hätte. Dort wurde mit großem Erfolg experimentelle Pflanzenphysiologie gefördert.⁶⁴

⁵⁷ Vgl. Beyerlein: Pharmazie, S. 255.

⁵⁸ Vgl. zu letzterem auch: Baumgarten: Professoren, S. 15.

⁵⁹ Vgl. Renate Tobies: Wissenschaftliche Schwerpunktbildung. Der Ausbau Göttingens zum Zentrum der Mathematik und Naturwissenschaften, in: Bernhard vom Brocke (Hg.): Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das ‚System Althoff‘ in historischer Perspektive, Hildesheim 1991, S. 87-108.

⁶⁰ Vgl. Matti Klinge: Die Universitätslehrer, in: Walter Rugg (Hg.): Geschichte der Universität in Europa, Bd. 3: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg 1800-1945, München 2004, S. 113-143, S. 122.

⁶¹ Vgl. Personalakte Hermann Thoms (UK-P-T044).

⁶² Vgl. Hartmut Scholz: Friedrich Althoffs Einfluss auf die Entwicklung der Chemie in Deutschland, in: vom Brocke (Hg.): Wissenschaftsgeschichte, S. 337-354, S. 344f.

⁶³ Vgl. Alexander Kluge: Die Universitäts-Selbstverwaltung. Ihre Geschichte und gegenwärtige Rechtsform, Frankfurt a. M. 1958, S. 93.

⁶⁴ Vgl. Gottfried Zirnstein: Friedrich Althoffs Wirken für die Biologie in der Zeit des Umbruchs der biologischen Disziplinen in Deutschland, der Erneuerung ihrer Forschung und Lehre an den Universitäten und des Rufes nach außeruniversitären Forschungsstätten 1822 bis 1908, in: vom Brocke (Hg.): Wissenschaftsgeschichte, S. 355-373, S. 357.

Wesentlich größeren Einfluss auf die Institutionalisierung der Pharmazie hatte ein Erlass des sozialdemokratischen Kultusministers Konrad Haenisch (1876-1925) vom 27.3.1920, der langfristig nach der Novemberrevolution die hierarchischen Unterschiede zwischen den Hochschulangehörigen beseitigen wollte. Ihm schien die „völlige Aufhebung des Extraordinariats und die Schaffung einer einzigen Klasse von planmäßigen Professoren“⁶⁵ angebracht. Da dies nur langfristig umzusetzen wäre, zielte er zunächst auf die Umwandlung planmäßiger Extraordinariate in persönliche Ordinariate und der nichtplanmäßigen Extraordinariate in Honorarprofessuren sowie deren stärkere Berücksichtigung in der akademischen Selbstverwaltung. Im März des Folgejahrs formulierte Haenisch als weiteres Ziel, die planmäßigen außerordentlichen Professoren und die Abteilungsvorsteher, die zugleich ein Extraordinariat inne hatten, „soweit das mit ihrer wissenschaftlichen Bedeutung vereinbar ist, zu vollberechtigten Mitgliedern der Engeren Fakultät machen und sie zu ordentlichen Professoren zu ernennen.“⁶⁶ Zu dieser Gruppe gehörten zahlreiche Lehrer der pharmazeutischen Fächer. Auf die Einhaltung der Hierarchien und ihrer Entsprechung in der Besoldung der Hochschullehrer wurde innerhalb der Professorenschaft großen Wert gelegt. An den Universitäten stießen die genannten Vorschläge daher auf Widerstand. Ein Vertreter der Gießener Universität sprach sich scharf gegen die Nivellierung der bestehenden Unterschiede aus: „Die philosophische Fakultät hat aus Gründen, die nicht mitgeteilt sind, die Annahme gemacht, dass in Zukunft ‚kaum ein Unterschied‘ zwischen Assistent mit Lehrauftrag u. Extraordinarius sein werde. [...] Kurz gesagt: Erhält in Zukunft d. Assistent etwa die Bezüge des jetzigen Extraordinarius, so muss dieser im Gehalt steigen, und das hat wieder ein Steigen des Ordinariatsgehaltes zur Folge.“⁶⁷

Auch wenn durch den Erlass von Haenisch eine finanzielle Besserstellung nicht sofort eintrat, so schien die inneruniversitäre Aufwertung durch die Ernennung zu persönlichen Ordinarien offenbar Erfolg zu zeitigen. Dem Vertreter der pharmazeutischen Chemie in Tübingen wurde angeboten, in das Fakultätskollodium aufgenommen werden, das bis dahin den Ordinarien vorbehalten war.⁶⁸

Gravierende Einschnitte in das deutsche Hochschulsystem erfolgten während der Zeit des Nationalsozialismus. Staatliche Autarkiebestrebungen und ideologisch begründete Förderung einzelner Fachbereiche gingen mit erneuten Eingriffen in die Autonomie der Hochschulen einher. Bereits im Oktober 1933

65 Vgl. Erlass des Ministers Haenisch vom 17. Mai 1919, abgedruckt in: Werner Richter / Hans Peters: Die Statuten der preußischen Universitäten und Technischen Hochschulen, Teil 1: Die grundlegenden Erlasse der Staatsregierung, Berlin 1929, S. 9-13, S. 11.

66 Vgl. Erlass des Ministers Haenisch vom 27. März 1920, abgedruckt in: Richter / Peters: Statuten, S. 13-16, S. 14.

67 Vgl. Universitätsarchiv Gießen: PrA Phil Nr. 5: Lehrauftrag für Technische Chemie an den Privatdozenten Dr. Brand (Stellungnahme zum Bericht des Ausschusses an die Phil Fak, Gießen, 20.7.1920).

68 Vgl. Hermann / Wankmüller: Physik, S. 143.

Der Prozess der fachlichen Differenzierung an
Hochschulen

Die Entwicklung am Beispiel von Chemie, Pharmazie und
Biologie 1890-2000

Müller-Benedict, V. (Hrsg.)

2015, VIII, 324 S. 33 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-08306-9